
Christoph Kleßmann

1953 als Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa



Prof. Dr. Christoph Kleßmann, geb. 1938 in Jöllenbeck b. Bielefeld, Studium der Geschichte, Klassischen Philologie, Politik in Göttingen, München und Tübingen, lehrte von 1976 bis 1992 Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld und lehrt seit 1993 Zeitgeschichte an der Universität Potsdam. Er ist seit 1996 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Was eine Krise ist, lässt sich schwer exakt bestimmen, da zeitgenössische Wahrnehmungen und spätere Analysen erheblich auseinander klaffen können. Der Kommunismus war nicht nur im bolschewistischen Russland, sondern überall, wo er Fuß fasste oder wohin er von der Sowjetunion exportiert wurde, mit dem Anspruch angetreten, die periodischen Wirtschaftskrisen des kapitalistischen Systems ein für alle Mal zu beseitigen. So sollten überhaupt erst die Voraussetzungen für die Befreiung der ausgebeuteten Arbeiter und Bauern von den irrationalen Zwängen des Marktes geschaffen werden. Aus der Rückschau stellt sich jedoch die Geschichte des Sowjetkommunismus im Ursprungsland ebenso wie in den Satelliten eher als eine permanente Krisengeschichte dar. Die regelmäßig wiederkehrenden politischen und ökonomischen Krisen des Ostblocks müssen auf ihre strukturellen Ursachen befragt werden, um die spektakulären Einzelereignisse in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Gerade solche Ereignisse „auf offener Bühne“ (Aufstände, Massendemonstrationen, Streiks) problematisieren strukturelle Schwächen und Konstruktionsfehler eines Herrschafts- und Gesellschaftssystems. Das betrifft insbesondere die ostmitteleuropäischen Staaten und Gesellschaften. Der überraschend schnelle Kollaps dieses nach 1945 von außen installierten Herrschaftssystems im Jahre 1989 suggeriert aus der Rückschau die Perspektive einer langen Vorgeschichte, in der sich die unterschiedlichen Krisenkonstellationen als Abfolge eines „Untergangs auf Raten“¹ zu manifestieren scheinen. Eine solche Sicht wird strittig bleiben, weil Geschichte kein vorherbestimmter Prozess, sondern für unterschiedliche Entwicklungsalternativen offen ist. Gleichwohl ist diese Perspektive nicht falsch, wenn sie komplexe historische Situationsanalysen differenziert mit Fragen nach langfristigen und strukturellen Zusammenhängen verbindet. Hier bietet sich vor allem 1953, das erste große Krisenjahr im

1 Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

Kalten Krieg, als Exempel an, weil es das welthistorische Datum von Stalins Tod am 5. März mit dem ersten großen Massenaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 in Verbindung bringt.

Die sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53

Erst der Tod des „weisen Führers der Völker“ - so eine der Formeln der quasi-religiösen Verherrlichung im internationalen kommunistischen Stalinkult - machte die latenten Krisen des sowjetischen Imperiums offenkundig. Ein Massenaufstand wie der vom 17. Juni oder auch die vorangegangenen Demonstrationen in der Tschechoslowakei wären unter den Bedingungen des Hochstalinismus zu Lebzeiten des Diktators schwer vorstellbar gewesen. Krisen und Revolutionen brechen selten auf dem Höhepunkt der Unterdrückung aus, sondern eher in einer Konstellation, in der die Zügel ein wenig gelockert werden.² Das geschah bald nach Stalins Tod insbesondere im Hinblick auf die sowjetische Deutschlandpolitik.

Ob man die Diadochenkämpfe in der bereits im März 1953 installierten kollektiven Führungstroika (Malenkow, Chruschtschow, Berija) schon als innere politische Krise werten kann, lässt sich in Frage stellen. Offenkundig aber war zunächst einmal der lähmende Bann gebrochen, der unter Stalin jede offene kritische Diskussion in der Machtelite unmöglich machte. Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas und der Aufbau sowjetsozialistischer Systeme mit einem hohen Tempo nachholender Industrialisierung (in Polen und Ungarn) oder auf die Schwerindustrie fixierten Umbaus (in der CSR und der DDR) hatte die Basis für krisenhafte Entwicklungen geschaffen, wie sie 1953 erstmals manifest wurden. Die sozialistischen Länder produzierten mit ihren ideologischen Ansprüchen ständig Erwartungen, die sie nicht einlösen konnten, und schufen sich damit massive Legitimationsprobleme. Die militärische, wirtschaftliche und politische Absicherung der Sowjetunion und ihrer Satelliten gegenüber einer als dramatisch wahrgenommenen Bedrohung durch den „westlichen Imperialismus“ und den immer wieder aufs Neue konstruierten „Klassenfeind“ im Inneren hatte zu einer ungeheuren Überanstrengung der Ressourcen geführt. Die neue sowjetische Führung bemühte sich daher um Entspannung an zwei Fronten: der internationalen gegenüber dem Westen und der blockinternen gegenüber den Satelliten. Gerade die äußerst kritische Lage in der DDR, dem exponierten Außenposten des Imperiums, war ein Alarmzeichen und wurde zur Initialzündung einer Kursänderung.

Eine neue deutschlandpolitische Initiative Malenkows im März 1953 versuchte, Bewegung in die verhärteten Fronten des Kalten Krieges zu bringen. Der britische Premier Winston Churchill bemühte sich im Mai des gleichen Jahres ebenfalls um einen neuen Anlauf in der Deutschlandfrage und rief damit nicht zuletzt in Bonn erhebliche Nervosität hervor. Beide Vorstöße lassen sich als Indiz dafür werten, dass diplomatische Aktionen nach Stalin wieder Chancen erhielten. Wie der sowjetische Versuch zu beurteilen ist, bleibt auch nach der Öffnung der sowjetischen Archive umstritten. Außer Zweifel steht jedoch, dass eine nüchterne Bestandsaufnahme der prekären inneren Lage der DDR bei der neuen sowjetischen Führung den Willen zu einem Kurswechsel stärkte. Hier ist vor allem die Rolle des berüchtigten Innenministers und Geheimdienstchefs L. Berija von ausschlaggebender Bedeutung. Um seine Rolle ranken sich nach wie vor Gerüchte und Forschungskontroversen. Für die Einordnung des Aufstandes vom 17. Juni und die Stellung Ulbrichts nach der Niederschlagung der

2 Vgl. Hartmut Elsenhans/Martin Jänicke (Hrsg.), *Innere Systemkrisen der Gegenwart. Ein Studienbuch zur Zeitgeschichte*, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 152f.

Erhebung war die Diskussion um diesen zwielichtigen Politiker aus dem engsten Umfeld Stalins von zentraler Bedeutung. Berija, der über die Krisensymptome in der DDR am besten informiert war, brachte die Diskussion darüber in der sowjetischen Führung in Gang. Die Meinungen gingen zwar erheblich auseinander und ob Berija tatsächlich die „Liquidierung der sozialistischen Entwicklung in der DDR“ geplant hat, wie ihm später seine innerparteilichen Gegner vorwarfen, ist höchst umstritten.³

Ende Mai setzte der Kreml jedoch eine drastische Kursänderung in den Methoden des 1952 verkündeten „Aufbaus des Sozialismus“ durch. Das war vermutlich der wichtigste Auslöser für den Juniaufstand in der DDR.⁴ In dem Beschluss des sowjetischen Politbüros „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, den man der in Moskau weilenden SED-Delegation am 2. Juni in deutscher Übersetzung aushändigte, übten die sowjetischen Genossen harsche Kritik an allen wesentlichen Bereichen der SED-Politik seit der II. Parteikonferenz von 1952. Das betraf vor allem die einseitige Förderung der Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterversorgung, die „jähle Einschränkung der Privatinitiative“ im Mittelstand, die übereilte Schaffung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG), die repressive Politik gegenüber der Evangelischen Kirche und die „Unterschätzung der politischen Arbeit unter der Intelligenz“. Die Massenflucht nach Westdeutschland (mit genauen Zahlenangaben) wurde als wichtigster Indikator der krisenhaften inneren Situation der DDR angesehen.⁵ Diese Kritik und die autoritativ formulierten Änderungsvorschläge bildeten die Basis für den „Neuen Kurs“, den das SED-Politbüro am 9. Juni beschloss und zwei Tage später im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte.⁶ Dieser abrupte Kurswechsel wirkte als Lunte am Pulverfass.

Die exponierte Kritik des gefürchteten Geheimdienstchefs an der orthodoxen Politik der SED mit ihren fatalen wirtschaftlichen und politischen Folgen wurden für ihn nach der Niederschlagung des Aufstandes zum Fallstrick. Dass er die DDR tatsächlich aufgeben oder gar für ein neutrales Gesamtdeutschland „verkaufen“ wollte, ist zu bezweifeln, obwohl verschiedene Quellenstücke solche Spekulationen immer wieder genährt haben.⁷ Am 25. Juni 1953 wurde er gestürzt, verhaftet und im Dezember nach altstalinistischer Manier erschossen.

Ob Berijas Kritik unmittelbar zur Herausbildung eines „Neuen Kurses“ auch für andere Satelliten führte, ist nicht sicher zu klären. In der Substanz aber deckte sie sich mit dem, was zuerst für die DDR und danach auch für andere als „Neuer Kurs“ verbindlich wurde.

3 Eine ausführliche Dokumentation hat Elke Scherstjanoi vorgelegt: Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46(1998), S. 497-549.

4 Vladislav Zubok, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage...“ Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 29-48, hier, S. 29.

5 Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32(1990), S. 648-654.

6 Dokumente der SED Bd. IV, Berlin(O) 1954, S. 428-431.

7 Die uferlose Debatte um Berija und die sowjetische Deutschlandpolitik wird knapp zusammengefasst bei Beate Ihme-Tuchel, Die DDR, Darmstadt 2002, S. 27ff.

Die Lage in der Tschechoslowakei und in Ungarn

Kritisch war die Lage auch in der Tschechoslowakei und Ungarn. Lange Zeit ist kaum beachtet worden, dass das Prager Regime sich im Frühjahr 1953 in einer äußerst prekären Situation befand. Zwar bekam die Polizei eine antikommunistische Demonstration von mehreren hundert Teilnehmern in einer Stadt in Mittelmähren am 10. April anlässlich der Entfernung und Zerstörung des Masaryk-Denkmal - des ersten Präsidenten der Tschechoslowakei - schnell unter Kontrolle, ebenso wie vereinzelte Streiks. Diese Unruhen waren jedoch symptomatisch für die vorhandenen nationalen Emotionen und ein Zeichen dafür, dass bei dem anstehenden Vorhaben Widerstände zu erwarten waren: der Währungsreform, die das durch den forcierten Aufbau der Schwerindustrie gewachsene gigantische Defizit im Staatshaushalt schlagartig beseitigen sollte. Der am 30. Mai begonnene Währungsumtausch lief faktisch auf einen Raubzug vor allem an Bankguthaben hinaus und betraf bei weitem nicht nur Wohlhabende. Dagegen formierte sich massiver Protest in mehreren Demonstrationen. Die größte fand am 1. Juni in Pilsen statt. Für kurze Zeit war die Stadt, einschließlich des Rathauses und des Stadtfunks, sogar in der Hand der Protestierenden. Insgesamt wurden 130 Streiks registriert. Einheiten von Polizei, Miliz und Armee gelang jedoch schnell, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Eine große Zahl von Verhaftungen und eine Welle von Gerichtsverfahren und außergerichtlichen Verfolgungen erstickten die Unruhen, die in ihrer Spontaneität und ihrem Ausmaß die Parteiführung dennoch überraschten. Die Politik der „harten Hand“ wurde fortgeführt. Erst unter dem Eindruck des Aufstandes in der DDR revidierten die „Augustthesen“ (des Politischen Sekretariats des ZK der KPTsch), die eine stärkere Berücksichtigung der Konsumgüterproduktion und eine Verbesserung der Lage der Arbeiter in Aussicht stellten, vorsichtig und halbherzig diese Linie.⁸

In Ungarn, wo es ebenfalls drakonische Formen der Stalinisierung gegeben hatte, wurde während eines Treffens der sowjetischen mit der ungarischen politischen Führung in Moskau vom 12. bis 16. Juni die sofortige Ablösung des altstalinistischen Partei- und Regierungschefs Rakosi und seine Ersetzung durch Imre Nagy beschlossen. Ein noch in Moskau vorbereiteter Entwurf für die Umsetzung des „Neuen Kurses“ in Ungarn wurde erst Ende des Monats nach langwierigen und diffusen Debatten dem ungarischen ZK vorgelegt und am 4. Juli von Imre Nagy in wesentlichen Elementen der Öffentlichkeit präsentiert: Revision des Fünfjahrplans, Verlangsamung der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft, Steigerung der Konsumgüterproduktion, kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und strikte Beachtung der verfassungsmäßigen Rechte und Verantwortlichkeiten. Da an der Spitze jetzt mit Nagy ein glaubwürdiger Politiker stand, fand der „Neue Kurs“ in Ungarn breite positive Resonanz. Mit Berijas Sturz erhielten jedoch die Anhänger des alten Kurses bereits wieder Auftrieb, sodass sich bis zur Ablösung Nagys im Frühjahr 1955 nur halbherzige und widersprüchliche Korrekturen ergaben, die dann umso radikalere Forderungen in der revolutionären Krise des Herbstes 1956 provozierten.⁹

8 Vgl. Jiri Pernes, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, in: Kleßmann/Stöver, S. 93-113.

9 Ausführlich zu Ungarn auf der Basis neuer Quellen: Janos M. Rainer, Der „Neue Kurs“ in Ungarn 1953, in: Kleßmann/Stöver, S. 71-92.

Die amerikanische und die britische Politik

Zum internationalen Kontext des 17. Juni gehört ganz wesentlich die amerikanische Politik. Schon die tschechischen Unruhen hatten amerikanische Politiker aufmerken lassen. Zwar hütete sich Washington - wie in allen späteren Krisen auch - direkt einzugreifen. Aber die psychologische Kriegführung im Rahmen der „liberation policy“ erhielt dadurch Auftrieb. Eine der größten Flugblattaktionen des halboffiziellen amerikanischen „National Committee for a Free Europe“ am 13. Juli 1953 bezog sich auf die Währungsreform. Mit 6.512 Ballons wurden rund 12 Millionen Flugschriften abgeworfen, deren Tenor der Hinweis auf den Bankrott der Regierung und die Aufforderung zum Kampf gegen diese war.¹⁰

In der Parteiinterpretation des 17. Juni und in der offiziellen Historiographie der DDR nahm die Vorbereitung des „Tages X“ durch die Amerikaner und den Westen insgesamt eine Schlüsselrolle ein. Die vorsichtige Haltung des unter amerikanischer Aufsicht stehenden RIAS in Berlin zeigt jedoch ebenso wie neue Untersuchungen zur Haltung der Eisenhower-Administration es tun, dass die Sorge vor einem Krieg mit der Sowjetunion für die amerikanische Haltung bestimmend war. Es ist der SED daher auch nie gelungen, überzeugende Beweise für die Vorbereitung und Steuerung des Aufstandes durch die USA ausfindig zu machen. Das schließt freilich in keiner Weise aus, dass die „Befreiungspolitik“ ihren Beitrag zur mehr oder minder nachhaltigen Propaganda lieferte und selbstverständlich auch während des Aufstandes nicht untätig war. „Durchgängig waren alle privaten, parteigebundenen und amtlichen antikommunistischen Organisation in irgendeiner Weise in den Aufstand involviert; initiiert hatten sie ihn aber nicht“, hat Bernd Stöver auf der Basis einer umfangreichen Untersuchung im Hinblick auf amerikanische und deutsche Aktivitäten festgestellt.¹¹ Dieses Urteil bedeutet zugleich einen Beitrag zur überfälligen Historisierung nicht nur des 17. Juni, sondern auch der späteren Aufstände in Ostmitteleuropa in der Phase des Kalten Krieges. Keiner lässt sich, wie es die kommunistische Propaganda und Historiographie versuchte, als Produkt imperialistischer Wühltätigkeit und konterrevolutionärer Verschwörung erklären, sondern alle waren primär genuine und spontane Reaktionen auf ein oktroyiertes Gesellschaftssystem und akute Krisensituationen. Aber sie fanden auch im Einflussbereich einer prinzipiell legitimen westlichen Destabilisierungspolitik gegenüber stalinistischen und poststalinistischen Diktaturen statt. Dass diese „liberation policy“ in sich nicht konsequent war und Hoffnungen weckte, die dann nicht erfüllt wurden, gehörte zu ihrer Konstruktion und blieb nicht ohne zynische oder auch tragische Komponenten, wie sich vor allem 1956 beim Ungarnaufstand zeigte.

Eine der wichtigsten amerikanischen Schlussfolgerungen, die die USA aus dem Aufstand in der DDR zogen, war die offensichtliche Legitimation der eigenen Strategie. Durch das Eingreifen der Roten Armee sah man die Sowjetunion politisch geschwächt und diskreditiert. Ihre Entspannungsoffensiven waren unglaubwürdig geworden, und dieser politisch-psychologische Vorteil sollte genutzt werden. Das betraf insbesondere die sowjetische Deutschlandpolitik. Die Chancen der Adenauerschen Politik, Wiedervereinigung nur in Zusammenhang mit der Westbindung zu betreiben, stiegen damit gegenüber einer immer noch starken innenpolitischen Opposition in der Bundesrepublik deutlich.

Dass „der Westen“ jedoch keine völlig einheitliche politische Position verkörperte, zeigt die britische Reaktion auf den 17. Juni. Großbritannien spielte insofern eine Sonderrolle, als

10 Bernd Stöver, Das Umbruchsjahr 1953 - ein Resümee, in: Kleßmann/Stöver, S. 206f.

11 Stöver, Umbruchsjahr, S. 213.

Churchill mit seiner Initiative zu neuen Gesprächen mit der sowjetischen Führung nun in eine schwierige Lage geraten war. In einem Gespräch mit William Strang, dem höchsten Beamten des Foreign Office, am 19. Juni kritisierte Churchill den scharfen verbalen Protest der westlichen Stadtkommandanten in Berlin und fragte Strang: „Sollten die Sowjets einfach zusehen, wie die Ostzone in Anarchie und Chaos versinkt? Ich hatte den Eindruck, dass sie angesichts der zunehmenden Unordnung mit recht großer Zurückhaltung reagiert haben.“¹² Solche legalistischen Überlegungen waren auch beim britischen Hochkommissar für Deutschland, Sir Ivone Kirkpatrick, zu finden. Er war der Meinung, man könne den Deutschen nicht erlauben, Unruhen in der sowjetischen Zone anzuzetteln. Das gelte ebenso für die Westzonen. Diese reichlich abenteuerliche, weil sehr formalistische Betrachtungsweise spiegelte das anhaltende Misstrauen der britischen Besatzungsmacht gegenüber der deutschen Bevölkerung. Sie war aber auch Ausdruck der von Churchill noch nicht aufgegebenen Hoffnung, in der veränderten Konstellation nach Stalins Tod zu neuen Verhandlungen mit der Sowjetunion zu kommen und Großbritanniens Rolle in der Weltpolitik wieder stärker zur Geltung zu bringen. De facto jedoch war Churchills Gipfeldiplomatie, die im Foreign Office ohnehin auf wenig Gegenliebe stieß, mit dem Aufstand bereits gescheitert. So konnte Frank Roberts, der für Deutschland zuständige Beamte des Außenministeriums, am 25. Juni 1953 zufrieden feststellen: „Die kürzlichen Entwicklungen haben wieder einmal klar und öffentlich unsere existierende Politik gegenüber Deutschland und der EVG (der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft; C.K.) bestätigt. Ich hoffe, sie haben auch die Aussichten Dr. Adenauers verbessert, die Wahlen zu gewinnen.“¹³

In der Tat hat der 17. Juni mit seiner Desillusionierung über die kalte Machtpolitik der Sowjetunion wesentlich dazu beigetragen, Adenauer und der Union bei den Bundestagswahlen im September 1953 einen fulminanten Wahlsieg zu verschaffen und damit auch innenpolitisch in der Bundesrepublik die Prioritäten zwischen Wiedervereinigung und Westintegration endgültig zu verschieben. Die Rolle, die der Aufstand in der DDR für die innere Geschichte und insbesondere für die Geschichtskultur Westdeutschlands spielte, ist ein höchst interessantes und mittlerweile gut untersuchtes Thema, das hier nicht weiter zu erörtern ist.¹⁴ Es ist auch die Geschichte einer wachsenden innerdeutschen Entfremdung und rituellen Aushöhlung der Erinnerung an einen Aufstand, der dort, wo er stattgefunden hatte, verschwiegen und verbogen wurde, dem westlichen Teil Deutschlands dagegen den „Tag der deutschen Einheit“ als nationalen Gedenktag bescherte.

Reaktionen in Polen

Im Hinblick auf die östlichen Nachbarn Deutschlands sind die polnischen Reaktionen auf den Aufstand besonders interessant. Zwar deckten sich die offiziellen Stellungnahmen über die „faschistische Provokation“, die auch einen Angriff auf die polnischen Westgebiete bedeute, mit denen der SED. In der Bevölkerung aber löste der Aufstand, wie die regionalen Ämter für Sicherheit berichteten, Erwartungen und Hoffnungen auf politische Veränderungen aus. Sie betrafen vor allem die Einschränkung des privaten Handels, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, bisweilen auch das gesamte kommunistische System. Ein Bericht

12 Zit. bei Klaus Larres, Großbritannien und der 17. Juni 1953, in: Kleßmann/Stöver, S. 155-179, hier: S. 172.

13 Zit. Larres, S. 175.

14 Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999.

aus einem Hüttenwerk in der Kattowitzer Wojewodschaft konstatierte, dass die Ereignisse des 17. Juni 1953 sich in den folgenden Tagen bei der Belegschaft „in einer ersten Zunahme der Bummelerei, in der Senkung der Produktionsergebnisse, in der demonstrativen Anwendung der deutschen Sprache an öffentlichen Orten ausdrückten.“¹⁵ Andererseits gab es Hoffnungen oder auch Befürchtungen, ein wiedervereinigtes Deutschland, das zu den Zielen und Forderungen der Aufständischen gehörte, könne die Oder-Neiße-Grenze wieder zur Disposition stellen. Eben diese Illusion fand offenbar unter Teilen der in Polen verbliebenen deutschen Minderheit einen gewissen Anklang. Nach der Niederschlagung des Aufstandes schossen vor allem in der Westberliner und bundesdeutschen Presse Meldungen über massive antisowjetische Ausschreitungen in den Grenzregionen Polens ins Kraut, die überwiegend völlig überzogen waren. Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass man in Polen relativ gut über den Verlauf der Ereignisse in der DDR informiert war und dass die offizielle Version der Regierungspresse wenig Glauben fand.

In einer verstärkten Propaganda und in organisierten Kampagnen mit Resolutionen von Betriebsbelegschaften an die Diplomatische Mission der DDR in Polen reagierten die Machthaber auf diese kritische Situation.¹⁶ Zu einer nüchternen und selbstkritischen Analyse der gerade für Polen brisanten Krise in der DDR gelangten sie nicht. Denn beim Posener Aufstand im Juni 1956, der etliche Parallelen zum 17. Juni in der DDR aufwies, reagierte die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei nach dem gleichen Muster wie die SED 1953 und führte die heftigen und blutigen Auseinandersetzungen auf imperialistische Machenschaften zurück.

Die Folgen des 17. Juni 1953

Versucht man die Folgen des Aufstandes vom 17. Juni in einer längerfristigen Perspektive sowohl für die sowjetische wie für die amerikanische Osteuropapolitik abzuschätzen, so lassen sich vor allem zwei Befunde festhalten.

Wenn es - was Berija vorgeworfen wurde - in der sowjetischen Führung eine Option zur Aufgabe der DDR tatsächlich gegeben haben sollte, dann war diese mit dem Aufstand und dem Sturz Berijas zu den Akten gelegt. Die Eigenständigkeit der DDR stand nicht mehr zur Disposition und ihr Status im Ostblock wurde aufgewertet. Die „auffälligsten symbolischen Attribute einer Besatzungsdiktatur, die sie gegenüber anderen Staaten im sowjetischen Hegemonialbereich diskriminierten“¹⁷, verschwanden. Der „Neue Kurs“, der auch ein neues Verhältnis zwischen Moskauer Zentrum und den Volksdemokratien im Sinne einer vorsichtigen „Entsatellisierung“ beinhalten sollte, wurde unter Ulbricht gebremst, ohne dass es eine Rückkehr zu den Exzessen der Stalin-Zeit gab. Für die ostmitteleuropäischen Staaten galt das ebenfalls. Die Sicherheitsapparate wurden gestärkt, die Kommunikation zwischen den Sicherheitsdiensten wurde verbessert. Insofern blieb vom „Neuen Kurs“ vor allem eine Festigung des Ostblocks. Wie schon ursprünglich in der Junikrise in der DDR setzte Moskau primär auf Lösungen mit eigenen Kräften in den Ländern, behielt sich aber als Ultima Ratio die militärische Intervention vor. Ging es zunächst um die Sicherung des Imperiums durch aktive

15 Zit. bei Andrzej Malkiewicz/Krzysztof Ruchniewicz, Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR, in: Kleßmann/Stöver, S. 181-197, hier: S. 193.

16 Malkiewicz/Ruchniewicz, S. 187f.

17 Jan Foitzik, „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren“. Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953, in: Deutschland Archiv 33(2000), S. 32-49, hier: S. 43.

Reformpolitik, so sollte später mit der kodifizierten Interventionsdrohung der Breschnew-Doktrin sein Zerfall verhindert werden.¹⁸ Erst unter Gorbatschow trat hier ein grundlegender Wandel ein. Wahrscheinlich bildete die Aufgabe der Doktrin durch den neuen Generalsekretär der UdSSR den Auftakt für die Auflösung des Ostblocks und das Ende des Ost-West-Konflikts.

Die USA sahen durch den Aufstand in der DDR ihre Befreiungspolitik bestätigt und setzten auch für die Zukunft auf die Förderung des aktiven und passiven Widerstands im kommunistischen Machtbereich. Die Erfahrungen des Sommers 1953 gingen in die Strategiepapiere des Nationalen Sicherheitsrats ein und bildeten den Handlungsrahmen für das Verhalten bei den Aufständen 1956 in Polen und Ungarn. Auf der anderen Seite waren in der Öffentlichkeit bereits deutliche Symptome der Frustration erkennbar, die sich angesichts der amerikanischen Haltung in späteren Krisen verstärkten. Dem Dilemma, dass die „liberation policy“ sich in den zahlreichen Befreiungsorganisationen unkontrolliert verselbständigte und Hoffnungen in den betroffenen Ländern weckte, die immer wieder enttäuscht werden mussten, ist die amerikanische Politik nicht entkommen. Der blutig niedergeschlagene Ungarnaufstand bildete jedoch für die interne Entscheidungsbildung insofern eine Zäsur, als die Offensivpolitik in Europa danach stillgelegt wurde und sich der Kalte Krieg stärker in die Peripherie der Dritten Welt verlagerte. Hier bestand die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung kaum. Für die DDR-Bevölkerung bedeutete vor allem das Jahr 1961 mit dem Mauerbau das Ende der Hoffnungen, die sich auch mit dem Aufstand von 1953 verbunden hatten. Dieser Höhepunkt des Kalten Krieges war aber zugleich Ausgangspunkt für ein neues deutschlandpolitisches Konzept, den „Wandel durch Annäherung“. Zur Entstehung und Akzeptanz dieses Konzepts haben neben dem Schock des Mauerbaus die Erfahrungen der gescheiterten Aufstände von 1953 und 1956 wesentlich beigetragen.

18 Hermann Wentker, Implikationen der innerstaatlichen Konflikte im Ostblock für die sowjetische Osteuropapolitik (1953-1981), Referat auf der Konferenz „Der 17. Juni 1953 und die Krisengeschichte des „realsozialistischen“ Systems, Berlin 3./4. April 2003.